

Partei der Liberalen Demokratie (PLD)

Zurück zur Freiheit in Verantwortung!

Unsere Grundsätze

Baden-Württemberg ist das Stammland der liberalen Demokratie. Als demokratische Kraft der Freiheit setzen wir uns für Rechtsstaatlichkeit und eine freiheitliche Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung ein. Die Freiheit, aber gleichzeitig auch die Verantwortung des Einzelnen ist für uns der Ausgangspunkt unserer Politik.

Unsere Ausgangslage vor der Wahl

Die letzte Landtagswahl hat der Partei der Liberalen Demokratie herbe Stimmenverluste beschert und uns zur kleinsten Landtagsfraktion in der Opposition gemacht. Für uns ist klar, dass die derzeitige Regierungspolitik der Zukunftsfähigkeit des Landes Baden-Württemberg langfristig schadet. Daher muss unser Ziel sein, wieder in den Landtag einzuziehen und möglichst auch Regierungsverantwortung zu übernehmen.

Unsere Schwerpunktthemen im Wahlkampf

Wir setzen uns für weniger Vorschriften für die Wirtschaft im Land ein, sodass Baden-Württemberg ein attraktiver Standort bleibt. Die mittelständischen Unternehmen als Rückgrat der baden-württembergischen Wirtschaft und Motor des Wohlstands sollen durch bessere Rahmenbedingungen gestärkt werden. Wir fordern weniger Regulierung durch Behörden und wollen eine bessere Förderung von neuen Ideen. Unternehmensgründer sollen mehr Freiheiten und Unterstützung erhalten.

Mehr Geld für ein funktionierendes Verkehrsnetz und für schnelles Internet ist für den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg besonders wichtig. Hierfür können gerne auch private Geldgeber einbezogen werden. Um die Umwelt zu schonen, ist eine bessere Vernetzung von Auto-, Bahn-, Bus- und Fahrradverkehr notwendig. Dabei darf es jedoch keinen Vorrang für den Ausbau öffentlicher Verkehrsmittel geben.

In der Bildungspolitik setzen wir grundsätzlich auf ein Schulsystem, das den unterschiedlichen persönlichen Leistungen der Schülerinnen und Schüler entspricht, wie es mit Haupt- und Realschule sowie Gymnasium der Fall ist. Es darf deshalb keine Bevorzugung der Gemeinschaftsschulen geben, sondern es muss ein gerechter Wettbewerb aller Schultypen untereinander stattfinden.

Energiepolitik muss den Verbrauchern Versorgungssicherheit und bezahlbaren Strom gewährleisten. Staatliche Zahlungen für einzelne Energieformen müssen abgeschafft werden, um einen offenen und fairen Wettbewerb zu ermöglichen. Statt auf Verbote und Regulierungen zu setzen, muss die Entwicklung umweltschonender Technologien gefördert werden. Nur so lassen sich ökologische und ökonomische Nachhaltigkeit miteinander vereinbaren.

In der Flüchtlingsfrage setzen wir uns dafür ein, dass Menschen, die vor Krieg, Verfolgung und Zerstörung fliehen, bei uns das Recht auf Asyl haben. Diese Flüchtlinge sollten schneller in den Arbeitsmarkt integriert werden. Für diejenigen, die nicht asylberechtigt sind, wie beispielsweise Flüchtlinge vom Westbalkan, müssen klare Zuwanderungsregeln geschaffen werden. Sie müssen zudem rasch in ihre Herkunftsländer zurückgeführt werden. Da die Städte und Gemeinden die Hauptlast für die Unterbringung von Flüchtlingen zu tragen haben, müssen diese vom Land besser unterstützt werden.